

Gemeinde Haimhausen

Haimhausen, 20.01.2021

Niederschrift Gemeinderat

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 14.01.2021 um 19:00 Uhr in der Schulaula der Grund- und Mittelschule Haimhausen.

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 21:34 Uhr

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, gegen Form und Frist der Ladung werden keine Einwände erhoben.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2020, die heute aufliegt, werden keine Einwände erhoben, sie gilt damit als genehmigt (§ 24 Abs. 2 GeschO).

Vorsitzender: Erster Bürgermeister Peter Felbermeier

Anwesende
Gemeinderäte:

Bettina Ahlrep
Anton Bredl
Angelika Goldfuß
Dorothea Hansen
Josef jun. Heigl
Veronika Horzella
Stefan Jänicke
Simon Käser
Claudia Kops
Thomas Kranz
Michael Kuffner
Georg Mayerbacher
Christina Meckel
Ludwig Meier
Thomas Mittermair
Martin Müller
Sabrina Spallek
Prof. Dr. Christian Stangl

Entschuldigt fehlten:

Ergun Dost
Detlef Wiese

Vorsitzender:



Peter Felbermeier
Erster Bürgermeister

Schriftführer:



Florian Erath
Geschäftsleitung

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. **Vorstellung der Firma Euroboden als Investor für das ehemalige Brauereigelände**
2. **Änderungen der Bayerischen Bauordnung zum 01.02.2021, Erlass einer Satzung über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe**
3. **Bauleitplanung "Nördlich des Amperbergs"**
4. **Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Klimagerechtes und nachhaltiges Bauen fördern**
5. **Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Haimhausen auf eine Ersatzbeschaffung für das Löschfahrzeug (LF 16)**
6. **Antrag "Fairtrade Gemeinde Haimhausen"**
7. **Kreisumlage und Schlüsselzuweisung 2021**
8. **Finanzzuweisung Gewerbesteuermindereinnahmen**
9. **Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2020**
10. **Bericht des Bürgermeisters**
11. **Wünsche und Anregungen**

Besonderheiten:

GRM Thomas Kranz war ab TOP 4 in der Sitzung anwesend.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 14.01.2021

Zahl der geladenen Mitglieder: 21
19

Zahl der Anwesenden:

Entschuldigt: 2

Nicht entschuldigt: 0

1. Vorstellung der Firma Euroboden als Investor für das ehemalige Brauereigelände

Sachverhalt:

Vertreter der Firma Euroboden werden in der Sitzung zum einen das Unternehmen vorstellen und zum anderen einen Ausblick auf die weiteren Planungen für das ehemalige Brauereigelände geben.

Diskussionsverlauf:

Die Fa. Euroboden, vertreten durch Hrn. Höglmaier und Fr. Reisert, stellt anhand einer Präsentation sich selbst, bisherige Projekte, die Firmen-Philosophie sowie erste Gedanken hinsichtlich der Entwicklung des ehemaligen Brauereigeländes vor.

Fragen seitens Gemeinderat und Feedback durch die Fa. Euroboden:

- Zweite BGMin Kops: Gibt es schon Ideen, was konkret auf dem Gelände gebaut werden soll? Im vorgestellten Video war viel Grün erkennbar – soll dies erhalten bleiben?
 - ☐ Zunächst steht eine Analyse / Grundlagenermittlung an. Hierbei wird auch der Baumbestand untersucht, der Verlauf und Bestand an Wurzeln etc. – ja, auf das Grün wird ein Augenmerk gelegt. Die Höhe von möglichen Gebäuden war bisher noch kein Thema. Zunächst erfolgt die Erfassung und Spezifizierung der Gegend / Umgebung. Das Sudhaus ist ein natürlich ein prägender Bestandteil. Wir (Euroboden) stehen jedoch momentan ganz am Anfang der Entwicklung.
- GRM Goldfuß: Laut Präsentation soll der Charakter erhalten bleiben, sollen nicht einfach „nur Wohnungen“ gebaut werden. Wichtig wird sein eine Form der Bebauung zu finden, mit der alle zufrieden sein können.
 - ☐ Wenn das Ergebnis wäre, mit den Ideen von Euroboden nur „leben“ zu können, wäre dies aus unserer Sicht nicht ausreichend. Das Ergebnis soll wirklich etwas darstellen. Viel wichtiger ist uns, etwas Positives zu entwickeln.
- Dritte BGMin Spallek: Die Präsentation war wirklich toll und beeindruckend. Darin wurde u. a. die Aussage / Idee geäußert, zwischen Schloss und Wohnbebauung ggf. eine neue Ortsmitte zu entwickeln. Gibt es hier schon konkrete Vorstellungen?
 - ☐ Hierfür sollen z. B. auch die Ergebnisse der Bürgerbefragung abgewartet werden. Ist so etwas wie eine „neue Ortsmitte“ überhaupt gewünscht / notwendig? Wir wollen zunächst zuhören.
- GRM Ahlrep: Sind bereits konkrete Aussagen zum Zeitraum der Bürgerbeteiligung möglich?

- ☐ (Ausführung seitens Gemeindeverwaltung) Die Beschlusslage sieht bereits seit Frühjahr 2020 vor, für die Entwicklung des ehem. Brauereigeländes eine Bürgerbeteiligung durchzuführen. Auf Grund der Pandemie ist eine Beteiligung in Analogie zum Baugebiet am Amperberg angedacht – eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger via Fragebogen (analog und digital). Aktuell steht die Entwicklung dieser Befragung an, unter Einbindung des Gemeinderats und der Fa. Euroboden. Voraussichtlich im März dieses Jahres kann die Befragung starten.
- ☐ BGM Felbermeier zeigt sich zuversichtlich, Ergebnisse bereits im zweiten Quartal vorstellen zu können.
- GRM Kuffner: Die Herausforderungen (Anm.: Bodendenkmäler, Altlasten, Immissionsschutz, Verkehr etc.) sind hinlänglich bekannt. Wie kann das anstehende Projekt für Euroboden wirtschaftlich sein? Was ist ein „Muss“ z. B. hinsichtlich Anzahl zu verkaufender Wohnungen / Wohnflächen?
 - ☐ Solche Daten gibt es nicht. Wir haben den Glauben daran, dass es klappt. Wir stehen wirklich ganz am Anfang, wollen wie gesagt zunächst die Vorstellungen und Wünschen abholen. Und am Ende hat die Gemeinde die Planungshoheit.
- GRM Mittermair: Hat Euroboden bereits Erfahrungen mit solchen Befragungen und wird diese Befragung gemeinsam durch die Gemeinde mit Euroboden erfolgen?
 - ☐ Ja, Erfahrungswerte aus z. B. München sind vorhanden und ja, die Befragung wird gemeinsam erfolgen – der Fragebogen gemeinsam entwickelt.
- BGM Felbermeier: Können, auch wenn das Projekt völlig am Anfang steht, bereits Aussagen dazu getätigt werden, welchen Zeithorizont Euroboden für die Realisierung andenkt?
 - ☐ Einen groben Zeitplan gibt es bereits, ja. Dieser sieht – wenn alles gut läuft - eine Fertigstellung für das Jahr 2024 vor. Ein Indiz für die Gemeinde Haimhausen dahingehend, dass Euroboden kein Interesse daran hat, Grund und Boden „liegen zu lassen“ und abzuwarten.
- BGM Felbermeier: Bereits angesprochen wurden Denkmäler, auch das Sudhaus, Gedanken in Richtung „Nutzung für/durch die Öffentlichkeit“ – in welche Richtung kann dies aus Sicht der Firma gehen?
 - ☐ Das angesprochene Sudhaus ist klar kein klassisches Wohnhaus. Es ist groß, tolle Innenräume sind vorhanden – hier sind verschiedene Dinge denkbar: Ein Café, Atelier-Räume, Büroräume – jedenfalls eine Form der Nutzung, die das Sudhaus erlebbar macht. Was ggf. auch aus Sicht der Bevölkerung gewünscht wird, kann die Bürgerbeteiligung ergeben.
- GRM Müller: Tritt Euroboden als klassischer Bauträger in Erscheinung, oder auch als Bestandshalter?
 - ☐ Zum Teil, insbesondere hinsichtlich Denkmälern, erfolgt durch Euroboden auch Bestandshaltung.
- BGM Felbermeier: Nach fünf Jahren der nichtöffentlichen Arbeit und dem nun mit Euroboden erfolgten Schritt in die Öffentlichkeit verbleibt ein richtig gutes Gefühl. Hinsichtlich dieses für Haimhausen wichtigen Grundstückes befinden

wir uns in guten Händen. Mit Euroboden hat Haimhausen einen tollen Partner bekommen.

Im Anschluss formuliert BGM Felbermeier auf Grund der bestehenden Beschlusslage (zur Bürgerbeteiligung in Form einer Planwerkstatt oder Ähnlichem) nachstehenden Beschluss und bringt diesen zur Abstimmung.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat bestätigt die vorgestellte Form der Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Befragung, die gemeinsam mit der Fa. Euroboden entwickelt und mit dem Gemeinderat abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

2. Änderungen der Bayerischen Bauordnung zum 01.02.2021, Erlass einer Satzung über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe

Sachverhalt:

1. Überblick über die bevorstehenden gesetzlichen Neuerungen

Die Verwaltung wurde am 03.12.2020 durch den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum und die Kanzlei Döring Spieß im Rahmen eines Webinars über die anstehenden Neuerungen der Bayerischen Bauordnung (BayBO) informiert:

Am 02.12.2020 fand die zweite Lesung im Landtag zur Änderung der BayBO statt; das Inkrafttreten der Änderungen ist zum 01.02.2021 geplant.

Ziele dieser Gesetzesänderung sind insbesondere dass

- eine Verfahrenspflicht nur besteht, wo eine präventive Prüfung unbedingt erforderlich ist,
- sich notwendige Verfahren auf das Wesentliche konzentrieren und so schnell wie möglich durchgeführt werden,
- dichter gebaut werden kann,
- materiell rechtliche Anforderungen mit Ortsbezug in die Verantwortung der Gemeinden gestellt werden,
- eine digitale Antragstellung im bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahren ermöglicht wird und
- materiell bauordnungsrechtliche Anforderungen vereinheitlicht werden.

Laut der Gesetzesbegründung soll das Bauen durch die Änderungen einfacher, schneller, günstiger, flächensparender und nachhaltiger werden.

Es erfolgen auch Änderungen im Spielplatzrecht und verfahrensrechtliche Neuerungen wie bspw. die Genehmigungsfiktion werden eingeführt. Für Dachgeschossausbauten entfällt künftig die Genehmigungspflicht. Ferner wird der Katalog der verfahrensfreien Bauvorhaben ergänzt.

Zudem werden insbesondere die Satzungsermächtigungen (örtliche Bauvorschriften) erweitert und das Abstandsflächenrecht geändert.

2. Neuerungen im Abstandsflächenrecht

Die Tiefe der Abstandsflächen war und ist von der Höhe des Gebäudes abhängig. Diese Höhe (H) hat sich dabei bisher aus der Wandhöhe und der Höhe des Daches oder Giebels ergeben. Die Dachneigung war hierbei gestaffelt zu berücksichtigen. Das sich daraus ergebende Maß bezeichnet man als 1 H.

Im neuen Gesetz wird bei den Abstandsflächenregelungen eine Anpassung vorgenommen. Es erfolgt eine Angleichung an die Musterbauordnung.

Das Mindestmaß der Tiefe der Abstandsflächen wird dabei verkürzt:

Grundsätzlich beträgt das neue Maß für die Tiefe der Abstandsflächen künftig 0,4 H bzw. 0,2 H für Gewerbe- und Industriegebiete, mindestens jedoch 3m. Bisher galt hier die Regelung von 1 H bzw. 0,5 H für Kerngebiete und urbane Gebiete bzw. 0,25 H für Gewerbe- und Industriegebiete, mindestens jedoch auch 3m.

Künftig erfolgt für die Bemessung der Tiefe der Abstandsflächen auch keine Anrechnung mehr der Giebelseite auf die Wandhöhe, sondern eine Berücksichtigung der Wand in ihrem Gesamtaufriß.

Bei der Berechnung der Abstandsflächentiefe bei der traufseitigen Wandhöhe gab es bisher ein gestuftes System. Dieses wird durch eine 70 Grad-Schwelle novelliert, d.h. die Höhe von Dächern mit einer Neigung von kleiner/gleich 70 Grad wird bis zu 1/3 der Wandhöhe zugerechnet und die Höhe von Dächern mit einer Dachneigung von mehr als 70 Grad wird voll zur Wandhöhe gerechnet.

Das sog. 16m-Schmalseitenprivileg wird entfallen. (Bei Gebäuden mit zwei Außenwänden bis 16m Länge genügt als Abstandsfläche 0,5 H.)

Dachgauben sind nun abstandsrelevant.

Die bisherige Regelung für Grundstücke mit besonders langen Grenzen entfällt. Für die Großstädte München, Augsburg, Nürnberg gilt weiterhin ein Maß der Abstandsflächentiefe von 1 H, mindestens 3 m. Eine maßvolle Weiterentwicklung soll so ermöglicht werden.

Durch die Neuregelungen der Abstandsflächen soll dichteres und damit flächensparendes Bauen ermöglicht werden. Den Schutzzwecken (Belichtung, Belüftung, Besonnung und Sozialabstand) werden Rechnung getragen.

In der Anlage sind Beispiele beigelegt, in denen die kommenden Änderungen bildlich dargestellt sind.

3. Folgen der Neuregelungen im Abstandsflächenrecht

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich Abstandsflächen künftig grundsätzlich verkürzen und nicht mehr zwingend rechteckig sind.

Die neuen Abstandsflächen gelten ab 01.02.2021 für Bauvorhaben im sogenannten Innenbereich (§ 34 BauGB). Rechtlich derzeit ungeklärt ist, ob die neuen Abstandsflächenregelungen auch bei bestehenden Bebauungsplänen zur Anwendung kommen, wenn darin auf die Abstandsflächen der (bisherigen) BayBO verwiesen wurde. Hier ist strittig, ob die alten Regelungen anzuwenden sind oder die neuen gelten. Problematisch ist hier vor allem der Umstand, dass es zu einem Eingriff in die gemeindliche Planungshoheit durch das Gesetzgebungsorgan kommt. In Bebauungsplänen, in denen keine Aussagen zu Abstandsflächen getroffen wurden, aber große Bauräume festgesetzt wurden und hierbei die Abstandsflächen bei der Planung von Gebäuden in diesen zu beachten sind, gelten wohl die neuen Regelungen. Klarheit besteht aktuell jedoch nicht.

4. Möglichkeit zum Erlass einer Satzung über abweichende Maße der Abstandsflächen

In Art. 81 Abs. 1 Nr. 6 BayBO wird den Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt, durch eine Satzung das Abstandsflächenrecht abweichend von den gesetzlichen Regelungen zu gestalten. Insbesondere eine Erhöhung des neuen Regelfalls (0,4 H bzw. 0,2 H) ist denkbar.

Voraussetzung hierbei ist jedoch, dass dies der Erhaltung des Ortsbildes im Gemeindegebiet oder in Teilen des Gemeindegebiets bezweckt oder der Verbesserung oder Erhaltung der Wohnqualität dient.

Zu beachten ist allerdings weiterhin der Vorrang des Bauplanungsrechts, d.h. eine bodenrechtliche Steuerung durch diese Satzung ist nicht möglich.

Die vorgenannte Satzungsermächtigung tritt möglicherweise bereits zum 15.01.2021 in Kraft.

Bei Erlass einer solchen Satzung sind folgende rechtliche Anforderungen zu beachten:

- Der Geltungsbereich (gesamtes Gemeindegebiet oder Teile davon) muss begründet sein.
- Eine Begründung der Satzung ist grundsätzlich nicht erforderlich, wird aber gerade bei der Abstandsflächensatzung empfohlen.
- Die Grundsätze der Abwägung sind zu beachten. Die Gemeinde muss begründen, was sie mit der Satzung erreichen will und sich mit den Wirkungen der Satzung auseinandersetzen. Dies gilt vor allem für die Eigentümerbelange.

Die Abstandsflächenverlängerungssatzung kann vor allem mit der Wohnqualität sowie dem Erfordernis von Flächen für Nebenanlagen begründet werden.

Seitens des Bayerischen Gemeindetags wurde in Abstimmung mit dem Bauministerium eine Mustersatzung entworfen.

Der Erlass einer Abstandsflächenenerweiterungssatzung in Anlehnung an die Mustersatzung wird aus Sicht der Verwaltung befürwortet. Der Satzungsentwurf mit Begründung ist in der Anlage beigelegt.

Um eine „Regelungslücke“ zu vermeiden, sollte die Satzung noch im Januar 2021 beschlossen und vor dem 01.02.2021 bekannt gemacht werden. In der Satzung sollte ferner geregelt werden, dass diese zum 01.02.2021 in Kraft tritt. Rechtlich gesichert ist diese Vorgehensweise jedoch nicht.

Rechtsanwalt Beisse von der Kanzlei Döring Spieß ist in der Sitzung anwesend und wird auf eventuelle rechtliche bzw. inhaltliche Fragen eingehen.

Ergänzend zur Thematik wird auf einen Presseartikel „Dachau stemmt sich gegen Baurechtsnovelle“ im Münchner Merkur vom 18.12.2020 (siehe Anlage) verwiesen.

Absehbare finanzielle und/oder personelle Auswirkungen der Beschlussfassung:

Die Beschlussfassung hat grundsätzlich keine finanziellen und/oder personellen Auswirkungen.

Diskussionsverlauf:

Zunächst erfolgen Erläuterungen durch Herrn Beisse, wie die derzeitigen Regelungen im Abstandsflächenrecht gestaltet sind. Anschließend führt er die Zielsetzung der neuen Regelungen aus – sie sollen dazu führen, dass Wohnraumverdichtungen erfolgen können. Er merkt an, dass interessanterweise die großen Städte Bayerns von den Änderungen ausgenommen sind, was Verwunderung auslöst.

Seitens Verwaltung wird ergänzt, dass sich die schematische Darstellung der Auswirkungen (der neuen Regelungen) in der Anlage zu diesem TOP befindet. Ab 01.02. würden diese neuen Regelungen gelten, weswegen es jetzt angezeigt ist, die im Entwurf vorliegende Satzung zu erlassen – wie u. a. auch vom Bayerischen Gemeindetag empfohlen wurde.

GRM Mittermair erkundigt sich, wie sich andere Gemeinden verhalten? BGM Felbermeier führt aus, dass es beispielsweise im Landkreis Dachau lediglich eine Kommune gibt, die nicht der Empfehlung zum Satzungserlass folgt.

Weiterhin stellt GRM Mittermair die Frage, wie sich die Situation für Bauwerber darstellt, wenn die vorgelegte Satzung in Kraft treten sollte – können sich diese dennoch auf das neue Abstandsflächenrecht berufen? Herr RA Beisse weist auf § 4 der Satzung hin und bejaht – Abweichungen sind möglich.

GRM Ahlrep stellt ergänzend fest, dass sie in der Angelegenheit mit einem Mitglied des Landtages telefoniert hat und auf dem Wege auch die Bestätigung bekommen hat, dass man dieser Satzung zustimmen sollte um Zeit zu gewinnen, bis u. a. ein eigener Grünflächenplan der Gemeinde vorliegt.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beschließt den Entwurf der Satzung mit Begründung über abweichende Maße der Abstandsflächen (Anlage zur Niederschrift) als Satzung mit Begründung.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

3. Bauleitplanung "Nördlich des Amperbergs"

Sachverhalt:

In der Sitzung des Gemeinderats am 17.09.2020 (TOP 1) hat das Büro OPLA die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung „Nördlich des Amperbergs“ vorgestellt.

Es wurde sodann beschlossen, dass darauf basierend ein städtebaulicher Vorentwurf mit Planungsvarianten erstellt wird. Diese Variantenentwürfe werden derzeit erstellt und dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung am 10.02.2020 vorgestellt.

Ferner wurde am 17.09.2020 beschlossen, dass die Planungsvarianten in der Folge für die Öffentlichkeit thematisch aufbereitet und in geeigneter Weise vorgestellt werden sollen.

Es ist daher zu beraten und zu beschließen, in welcher Form die Planungsvarianten der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.

Aus Sicht der Verwaltung kommt aufgrund der aktuellen Situation derzeit leider nur eine Vorstellung der Entwürfe auf der gemeindlichen Homepage in Frage.

Diskussionsverlauf:

Ein Entwurf ist bereits vorhanden, zwei weitere kommen noch: Einmal mit „autofreier Zone“, zudem ein Mischmodell. Denkbar ist eine Vorstellung der drei Alternativen im Gemeinderat, anschließend eine interne Beratung der Fraktionen, dann eine Festlegung auf eine Variante. Wichtig wäre aus Sicht von BGM Felbermeier, weiter zu machen, vorwärts zu kommen. Die zuvor genannte Vorstellung der drei Alternativen ist ggf. im Februar möglich, ab März könnte dann der Einstieg ins eigentliche Verfahren erfolgen.

Aus Sicht von GRM Mittermair wäre eine weitere (wie ursprünglich durch den Gemeinderat beschlossen) Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nur über die angedachten Workshops oder Planwerkstätten sinnvoll – was aber auf Grund der derzeitigen Rahmenbedingungen nicht machbar ist. Der entstehende Zeitverlust ohne das von BGM Felbermeier vorgestellte Procedere würde zu groß werden, weswegen GRM Mittermair auch für diesen Weg plädiert.

Voraussetzung, so BGM Felbermeier, ist die Vorstellung der Alternativen im Februar.

GRM Mittermair möchte wissen, ob es bzgl. des einen derzeitig vorhandenen Entwurfs schon Rücksprache mit den Grundstückseigentümern gab? BGM Felbermeier bejaht dies und ergänzt, dass dieser Entwurf positiv betrachtet wird.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat stimmt dem dargestellten weiteren Vorgehen (Vorstellung der drei Alternativen im Februar, fraktionsinterne Beratung und Auswahl, Festlegung und anschließende Einleitung des Verfahrens Flächennutzungs- und Bebauungsplan durch Gemeinderat im März) zu.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

4. Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Klimagerechtes und nachhaltiges Bauen fördern

Sachverhalt:

Gemäß §21 Abs. 1 Satz 4 der GeschO findet bzgl. Anträgen von Gemeinderatsmitgliedern keine materielle Vorprüfung statt.



Haimhausen, 05.12.2020

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Haimhausen
Klimagerechtes und nachhaltiges Bauen fördern

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt,

1. die Verwaltung möge prüfen und Stellung dazu nehmen, ob das Qualitätssiegel Nachhaltiger Wohnungsbau (NaWoh) und das Bewertungssystem Nachhaltiger Kleinwohnungsbau (BNK) als Kriterien für nachhaltiges Bauen in Haimhausen gelten können.
2. Die Verwaltung möge prüfen, welche Kriterien über das o. g. Qualitätssiegel bzw. Bewertungssystem hinaus für das Thema klimagerechtes, ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen künftig in die Bauleitplanung aufgenommen werden können.
3. Die Verwaltung möge prüfen, welche Möglichkeiten es über die Bauleitplanung hinaus gibt, um das Thema klimagerechtes, ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen in Haimhausen weiter voranzubringen.

Begründung

Die Ziele des nachhaltigen Bauens liegen in der Minimierung des Verbrauchs von Energie und Ressourcen.

Der Klimawandel wird im Laufe des Jahrhunderts zu einer Erhöhung der sommerlichen Wärmebelastung sorgen. Die daraus folgenden gesundheitlichen Probleme treffen besonders ältere Menschen und kleine Kinder.



Die sogenannte „Schwammstadt“ beispielsweise imitiert den natürlichen Wasserkreislauf, erhöht die lokale Verdunstung und fördert somit in dicht besiedelten Gebieten eine erhöhte Verdunstungskühlung. Ein Großteil des Regenwassers kann über "grüne Elemente" wie Mulden, Baum-Rigolen, Gründächer und -fassaden verdunstet und vor Ort versickert werden, was wiederum den Abfluss stark reduziert. Eine solche städtebauliche Maßnahme trägt so dazu bei, Schäden durch Hochwasser vorzubeugen. Zudem leistet man einen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität. Geschotterte Flächen bzw. Schottergärten wirken sich negativ auf den natürlichen Wasserkreislauf auf. Zudem untergraben diese Art von Flächen die GRZ, sodass sie sich insgesamt negativ auf die Biodiversität auswirken.

Zur solaren Optimierung können das Gebäude, die Gebäudeöffnungen und seine Hauptnutzungen so gestaltet und angeordnet werden, dass in der Heizperiode im Herbst-Winter-Frühjahr möglichst viel Sonnenwärme durch die Fenster ins Haus geleitet und dort durch Rückstrahlung von den Bauteiloberflächen als Wärme genutzt wird. Dabei sind die unterschiedlichen Sonnenstände im Jahresverlauf zu berücksichtigen, sodass in der Heizperiode die tief stehende Sonne weit ins Gebäude eindringen und zum Raumwärmegewinn genutzt werden kann. Im Sommer dagegen verhindern Dachüberstände mit einem entsprechenden Schattenwurf auf Fassade und Fensteröffnungen, dass die hochstehende Sonne zu einer Überhitzung der Gebäude führt.

Auch Photovoltaikanlagen liefern dauerhaft erneuerbare Energie und senken den Eintrag von Kohlendioxid in die Atmosphäre.

Bettina Ahlrep | Fraktionssprecherin
Dorothea Hansen | stellvertretende Fraktionssprecherin
Sabrina Spallek | 3. Bürgermeisterin, Umweltreferentin
Veronika Horzella

Diskussionsverlauf:

Zunächst erfolgen Ausführungen von GRM Ahlrep zum Hintergrund und Ziel des Antrages.

BGM Felbermeier ergänzt, dass die Gemeinde Haimhausen im genannten Themenbereich nicht untätig war – einige Dinge / Themen werden bereits umgesetzt, so z. B. im Bereich Versickerung von Oberflächenwasser. Ebenfalls werden energetische Gesichtspunkte durch Städteplaner berücksichtigt.

Vorschlag wäre nun, so BGM Felbermeier, dass der Gemeinderat den Antrag begrüßt, eine entsprechende Prüfung durch die Verwaltung beauftragt. Besteht hierzu Einverständnis seitens Gremium?

GRM Stangl ergänzt, dass der Themenbereich aus seiner Sicht sehr interessant ist, ohne Zweifel. Dennoch verbleibt bei ihm die Frage, ob durch solche Festlegungen die ohnehin bereits hohen Baukosten erhöht werden? Gibt es etwaige Untersuchungen dazu? GRM Ahlrep führt aus, hierzu bisher nichts gefunden zu haben. Ggf. könnte der Prüfauftrag an die Verwaltung dahingehend erweitert werden.

BGM Felbermeier fasst zusammen, ob gemäß Antrag ein entsprechender Auftrag durch den Gemeinderat an die Verwaltung erteilt werden soll und lässt darüber abstimmen.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beschließt die Verwaltung mit nachstehenden Themen zu beauftragen; seitens Antragstellerinnen wird entsprechende Unterstützung zugesichert:

- Prüfung und Stellungnahme, ob das Qualitätssiegel NaWoh und das Bewertungssystem BNK als Kriterien für nachhaltiges Bauen in Haimhausen gelten können
- Prüfung, welche Kriterien über das o. g. Qualitätssiegel bzw. Bewertungssystem hinaus für das Thema klimagerechtes, ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen künftig in die Bauleitplanung aufgenommen werden können
- Prüfung, welche Möglichkeiten es über die Bauleitplanung hinaus gibt, um das Thema klimagerechtes, ressourcenschonendes und nachhaltiges Bauen in Haimhausen weiter voran zu bringen
- Prüfung, ob durch die Festlegung solcher Kriterien die Baukosten erhöht werden

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

5. Antrag der Freiwilligen Feuerwehr Haimhausen auf eine Ersatzbeschaffung für das Löschfahrzeug (LF 16)

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 21.12.2020 beantragt die Freiwillige Feuerwehr Haimhausen die Beschaffung eines Ersatzfahrzeugs für das Löschfahrzeug (LF) 16.

Das LF 16/12 der Marke MAN Nutzfahrzeuge wurde am 09.01.1996 zugelassen und wird seither von der Freiwilligen Feuerwehr als Löschfahrzeug genutzt. Die Kosten für ein Neufahrzeug (neue Bezeichnung HLF 20) liegen – wie angegeben – bei über 600.000 Euro. Die staatliche Zuwendung für die Beschaffung eines HLF 20 beläuft sich auf einen Festbetrag von 119.000 Euro.

Absehbare finanzielle und/oder personelle Auswirkungen der Beschlussfassung:

Die notwendige Eigenfinanzierung von rd. 500.000 Euro kann nicht durch einen Überschuss aus dem Haushalt 2021 und auch nicht aus Rücklagen bestritten werden. Zur Finanzierung dieser Anschaffung ist – wie im Übrigen bei den weiteren Investitionsmaßnahmen - die Veräußerung der Grundstücke in den Baugebieten Amperberg und Inhauser Moos im Jahr 2022 erforderlich.

Diskussionsverlauf:

GRM Mittermair stellt im Anschluss an die Vorstellung und Begründung durch GRM Jänicke fest, dass er grundsätzlich einer Neubeschaffung nicht widersprechen möchte, jedoch v. a. auf Basis der derzeitigen Finanzsituation und der Verantwortung als GRM hinsichtlich des Umgangs mit öffentlichen Mitteln gerne eine fachlich fundierte Aussage (z. B. durch einen Sachverständigen) hätte, ob die Beschaffung jetzt nötig ist. In der sich anschließenden und von zahlreichen Wortbeiträgen geprägten Diskussion bildet sich heraus, dass der Gemeinderat insgesamt der Ersatzbeschaffung positiv gegenübersteht, jedoch vereinzelt auch Verständnis für die von GRM Mittermair vorgetragene Sichtweise vorhanden ist. Im Verlauf der Diskussion werden auch die derzeitigen Bedingungen im Einsatzgeschehen und

hinsichtlich Wartung des alten Fahrzeuges näher illustriert (z. B. ca. 10.000 Euro Unterhaltskosten pro Jahr, schwierige Ersatzteilbeschaffung etc.).

Um der – wie BGM Felbermeier betont – guten und sachlichen Diskussion gerecht zu werden und auch um die Grundhaltung zur Ersatzbeschaffung zu dokumentieren, werden zwei Beschlüsse zur Abstimmung gebracht.

Beschluss Nr. 1:

Soll vor endgültiger positiver Beschlussfassung das Gutachten eines Sachverständigen eingeholt werden?

Abstimmungsergebnis: 3 : 16 (abgelehnt)

Beschluss Nr. 2:

Der Gemeinderat stimmt der Ersatzbeschaffung für das Löschfahrzeug (LF 16) wie beantragt zu.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

6. Antrag "Fairtrade Gemeinde Haimhausen"

Sachverhalt:

Dritte BGMin Spallek trug in der GR-Sitzung vom 10.12.2020 die Idee bzw. den Wunsch vor (vgl. Niederschrift, TOP 6.3), dass sich Haimhausen der Kampagne „Fairtrade-Towns“ (<https://www.fairtrade-towns.de/aktuelles/>) anschließen möge. Ziel dieser Kampagne ist es, gezielt den fairen Handel auf kommunaler Ebene zu fördern. Das Thema traf auf breite Zustimmung. Konkret formuliert bedeutet dies im Weiteren:

Die Gemeinde Haimhausen beteiligt sich an der internationalen Kampagne und strebt den in Deutschland von TransFair e.V. verliehenen Titel „Fairtrade-Town“ an. Zur Erlangung dieses Titels verpflichtet sich die Gemeinde Haimhausen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die fünf geforderten Kriterien erfüllt werden.

Hintergrund:

Seit Januar 2009 können sich Kommunen in Deutschland für ihr Engagement im fairen Handel um den genannten Titel bewerben. Die Kampagne vernetzt Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik und fördert den fairen Handel auf kommunaler Ebene. In Deutschland wächst zunehmend das Bewusstsein für gerechte Produktionsbedingungen sowie soziale und umweltschonende Herstellungs- und Handelsstrukturen. Auf kommunaler Ebene spielt der faire Handel in allen gesellschaftlichen Bereichen eine wichtige Rolle, zunehmend auch bei der öffentlichen Beschaffung. Die Kampagne bietet einen Startschuss für ein faires, nachhaltiges Engagement in einer Kommune. Angeknüpft an die Lokale Agenda 21 übernimmt eine Fairtrade-Town soziale Verantwortung und damit eine Vorbildfunktion für Bürgerinnen und Bürger. Für Haimhausen bedeutet dies, sich als innovative weltoffene Gemeinde zu etablieren und ein positives Image zu transportieren. Der verknüpfende Charakter der Kampagne öffnet meist ganz neue Kooperationsformen regional, national sowie international. Weltweit gibt es bereits über 1.400 Fairtrade-Towns in über 24 Ländern.

Zur Erlangungen des Titels müssen folgende Kriterien erfüllt werden:

Kriterium 1

Der Gemeinderat beschließt, an der Kampagne Fairtrade-Towns teilzunehmen und die Auszeichnung als Fairtrade-Town anzustreben. Hierzu sollen die fünf Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne erfüllt werden. Bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Bürgermeisterbüro werden Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus fairem Handel verwendet wird.

Kriterium 2

Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die auf dem Weg zur „Fairtrade Gemeinde“ die Aktivitäten vor Ort koordiniert. Sie besteht aus **mindestens drei Personen** aus den Bereichen **Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft**. Ihre Kernaufgaben sind die Erfüllung der Kriterien auf dem Weg zur Fairtrade-Town, das Setzen von Schwerpunktthemen für den fairen Handel vor Ort, die Koordination und Organisation von Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die Gewährleistung von Informationsaustausch zw. allen Beteiligten.

Kriterium 3

In lokalen Einzelhandelsgeschäften sowie in Cafés und Restaurants werden jeweils mindestens zwei „fairtrade Produkte“ angeboten. *(Die Anzahl der Geschäfte und gastronomischen Betriebe richtet sich nach der Einwohnerzahl bzw. dem Fairtrade-Town Kalkulator. Für Haimhausen ergeben sich hiernach „3 Geschäfte“ und „2 Gastronomiebetriebe“, die jew. mindestens zwei Produkte aus fairem Handel anbieten müssen.)*

Kriterium 4

In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden fairtrade Produkte verwendet und es werden dort *(einmal pro Jahr)* Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt. *(Gemäß Kalkulator für Haimhausen „1 Schule, 1 Kirchen-/Glaubensgemeinschaft, 1 Verein“)*

Kriterium 5

Die örtlichen Medien berichten über Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade Gemeinde“. *(Lt. Kalkulator sind für Haimhausen jährlich „4 Artikel“ nötig, die im Gemeindeblatt oder auch online erscheinen können.)*

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat erteilt der Verwaltung den Auftrag, die entsprechenden Schritte (vgl. Kriterium 1) zu unternehmen.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

7. Kreisumlage und Schlüsselzuweisung 2021

Sachverhalt:

Umlagekraft:

Mit Bescheid vom 30.10.2020 teilte uns das statistische Landesamt die Umlagekraft für das Jahr 2021 mit.

Die Umlagekraft resultiert hauptsächlich aus der Steuerkraft der Kommune.

Zugrunde gelegt werden die Zahlen aus dem Vorvorjahr und daher für das Jahr 2021 die Steuerkraftzahlen aus dem Jahr 2019.

Die Steuerkraft berechnet sich aus den Einnahmen der Realsteuern (Grundsteuer A + B und Gewerbesteuer), der Beteiligung an der Einkommensteuer und der Beteiligung an der Umsatzsteuer.

Zu der Steuerkraft werden noch 80 % der Schlüsselzuweisungen aus dem Vorjahr, also hier aus 2020 hinzugerechnet. Die so berechnete Umlagekraft beläuft sich auf 7.415.817 €.

Entwicklung der Umlagekraft:

2017	2018	2019	2020	2021
5.500.455 €	5.575.781 €	6.180.503 €	6.570.103 €	7.415.817 €

Kreisumlage:

Die Umlagekraft der Gemeinde ist Grundlage für die Berechnung der Kreisumlage, die an das Landratsamt Dachau zu bezahlen ist. Der Hebesatz wird für das Jahr 2021 bei 48,5 % liegen. Die Kreisumlage 2021 wird demnach 3.596.671,24 € betragen.

Entwicklung Kreisumlage:

2017	2018	2019	2020	2021
2.557.712 €	2.592.738 €	2.904.836 €	3.153.649 €	3.596.671 €

Schlüsselzuweisung:

Mit Bescheid vom 10.12.2020 wurde die Schlüsselzuweisung 2021 mit 172.688 € festgesetzt.

Die Schlüsselzuweisungen resultieren aus der Gemeindeschlüsselmasse die der Freistaat jährlich zur finanziellen Unterstützung bereitstellt. Daraus wird ein einheitlicher Grundbetrag je Einwohner berechnet, der für ganz Bayern gilt. Ist dieser Grundbetrag höher, als die Steuerkraft je Einwohner (siehe Umlagekraft), erhält die Gemeinde 55 % des Unterschiedsbetrags als Schlüsselzuweisung. Durch die hohe Steuerkraft sinken entsprechend auch die Schlüsselzuweisungen.

Entwicklung der Schlüsselzuweisung:

2018	2019	2020	2021
337.256 €	428.724 €	494.444 €	172.668 €

Absehbare finanzielle und/oder personelle Auswirkungen:

Für die Kreisumlage ist ein Betrag in Höhe von 3.597.000 € im Haushaltsplan zu veranschlagen.

Für die Schlüsselzuweisung wird ein Betrag in Höhe von 172.500 € veranschlagt.

Diese beiden Positionen stellen im Vergleich zum Haushalt 2020 eine Veränderung von
– 764.798 € dar, die im Haushalt 2021 gedeckt werden muss.

8. Finanzausgleich Gewerbesteuermindereinnahmen

Sachverhalt:

Mit Bescheid vom 14.12.2020 wurde für die Gemeinde Haimhausen die Finanzausgleich zum pauschalen Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen mit **42.058 €** festgesetzt.

Wie in der letzten Gemeinderatssitzung vom 10.12.2020 bereits berichtet wurde, überstieg das maßgebliche Gewerbesteueristaufkommen 2020 das durchschnittliche Aufkommen der Jahre 2017 – 2019. Somit erhält die Gemeinde demnach keine Zuweisung.

Die zum pauschalen Ausgleich der Mindereinnahmen zur Verfügung stehende Summe (Zuweisungsmasse) wurde von den Gemeinden nicht komplett ausgeschöpft, sodass ein Betrag von insgesamt 220.583.955 € an die bayerischen Gemeinden entsprechend ihrer Schlüsselzuweisungen ausgeschüttet wird. Für die Gemeinde Haimhausen entfällt hierbei ein Anteilsatz von 0,00019066871, wonach sich die Zuweisung in Höhe von 42.058 € ergibt.

Absehbare finanzielle und/oder personelle Auswirkungen der Beschlussfassung:

Die Zuweisung ist nicht zweckgebunden und wird als allgemeine Zuweisung gewährt. Die Einnahme war im Haushalt 2020 nicht vorgesehen. Es handelt sich somit um Mehreinnahmen die zur Deckung der Ausgaben im Verwaltungshaushalt herangezogen werden können.

9. Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2020

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beurteilt die Rechtslage für die in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse so, dass für diese zu keinem Zeitpunkt die Gründe der Geheimhaltung wegfallen werden.

Abstimmungsergebnis: 19 : 0 (angenommen)

10. Bericht des Bürgermeisters

10.1 Mütter- und Väterberatung Bericht 2020

Sachverhalt:

Im Landkreis Dachau kommen immer mehr Babys auf die Welt. Auch unser Bürgerbüro registrierte für das Jahr 2020 75 Geburten. Das ist ein Anstieg um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Corona-Pandemie mit den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung ist für Familien eine besondere Herausforderung – im Alltag, bei der Erziehung und Betreuung von Kindern sowie bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb war es für die Mütter- und Väterberatung eine Herzensangelegenheit, zumindest die werdenden Eltern in dieser schwierigen Zeit mit ihrer Unsicherheit, ihren Fragen und Sorgen nicht alleine zu lassen.

Auch das Team der Mütter- und Väterberatung musste im letzten Jahr durch die ansteigenden Corona-Infektionszahlen im Frühjahr und das Déjàvu im Herbst ihre Beratungsangebote laufend anpassen und optimieren. So musste immer wieder eine gute Balance zwischen sozialer Face-to-Face-Kommunikation und telefonischer Beratung gefunden werden. Die üblichen Beratungsschwerpunkte wie das Wiegen und Messen des Kindes mussten in diesem Zeitraum wegfallen. In den letzten Monaten wurden vermehrt Adressen von weiteren Fach- und Beratungsstellen an die Eltern vermittelt und Tipps zum Schlafen, Entwicklung und Pflege gegeben. Für das Team war es von großer Wichtigkeit, dass sie in den Monaten September bis November für ihre Präsenzberatungen aus den Praxisräumen des AVZ in den Sitzungssaal umziehen konnten. Nur so war gewährleistet, dass die Abstände und Hygienemaßnahmen sehr gut eingehalten werden konnten. Im Jahr 2020 wurden an 24 Tagen Sprechstunden angeboten und Beratungsbesuche für 16 Säuglinge und 29 Kleinkinder abgehalten (siehe Grafik). Coronabedingt war bei den Beratungen ein Rückgang von rund 39 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Besonders auffällig war, dass die Beratungen an Kleinkindern gegenüber den Säuglingen außerordentlich gefragt waren. Hier konnten wir einen Anstieg von fast 30 % aufweisen. Seit 3 Jahren läuft das Projekt „Vernetzungstreffen“, das sich aus fünf Hebammen einer Ernährungsberaterin und einer Kinderärztin zusammensetzt, recht erfolgreich. Auch dieses konnte im letzten Jahr leider nur im Februar stattfinden. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle Frau Dr. Berger vom AVZ, die für das Team stets erreichbar ist und mit Herzblut und hilfreichen Tipps immer wieder gerne unterstützt.

10.2 Haushaltsvorberatung

Sachverhalt:

Zur Haushaltsvorberatung wird am 10.02.2021 um 18:30 eine Haupt- und Finanzausschusssitzung vor der Gemeinderatssitzung stattfinden. Die Mitglieder werden in gewohnter Weise geladen.

11. Wünsche und Anregungen

Diskussionsverlauf:

Keine Wortbeiträge.

